

## Serbische TV-Journalistin Stankovic mit SEEMO-Preis ausgezeichnet

Utl.: Anchorwoman von B-92: Preis für CEE-Region sehr bedeutend =

Wien (APA) - Die serbische TV-Journalistin Brankica Stankovic ist am Sonntagabend mit dem "Dr. Erhard Busek SEEMO Award for Better Understanding in Southeast Europe" ausgezeichnet worden. In ihrer Dankesrede im Haus der Musik strich sie die große Bedeutung des Preises für die Region Mittel- und Osteuropa hervor.

Gerade in dieser Region sei die Arbeit des investigativen Journalismus "schwierig und riskant". Deshalb zeige vor allem der mit 2.000 Euro dotierte, nach dem Ex-Vizekanzler benannte Preis der in Wien ansässigen Südosteuropa-Medienorganisation SEEMO, dass "die Wahrheit am meisten zählt". Stankovic ist Anchorwoman der Reportagesendung "Insajder" des Belgrader Senders "B-92".

Die Preisverleihung war der Auftakt der dreitägigen Internationalen Journalistentagung zum Thema Zuwanderer ("Covering 'Resident' Immigrants who Stayed in 'Our' Countries"). Bis einschließlich Dienstag werden Journalisten aus dem In- und Ausland darüber in Wien diskutieren, wie die Medien in ihren Ländern über Migranten berichten.

Außer Stankovic nehmen zahlreiche weitere prominente Journalisten und Medienexperten an der Tagung im ORF-Zentrum teil - darunter Agron Bajrami, Chefredakteur der größten kosovarischen Tageszeitung, "Koha Ditore", der Direktor des Ukrainischen Medienrechtsinstituts, Taras Schewtschenko sein russisches Pendant Andrej Richter und Fiona Spruill, Leiterin der Online-Redaktion der New York Times.

Organisiert wird das Treffen von der Duke University, dem Europäischen Forum Alpbach und dem ORF, mit Unterstützung von ERSTE Stiftung, dem Außenministerium und Wien Kultur.  
(Schluss) zr/mri/at

APA0343 2008-11-16/20:14

162014 Nov 08

## Internationale Journalistentagung in Wien ab Sonntag

Utl.: Serbische TV-Journalistin Brankica Stankovic wird ausgezeichnet =

Wien (APA) - "Covering 'Resident' Immigrants who Stayed in 'Our' Countries" lautet der Titel einer dreitägigen Tagung, die ab Sonntag im Haus der Musik und im ORF-Zentrum in Wien stattfindet. Zum Auftakt des diesjährigen Treffens der "Commission on Radio and Television Policy for Central, East and Southeast Europe" wird der "Dr. Erhard Busek SEEMO Award for Better Understanding in Southeast Europe" an die serbische TV-Journalistin Brankica Stankovic verliehen. Stankovic, Anchorwoman der Reportagesendung "Insajder" des Belgrader Senders "B92", erhält die Auszeichnung für ihre langjährigen Verdienste um investigativen Journalismus und unabhängige Berichterstattung.

Drei Tage lang werden hochrangige internationale Journalisten darüber diskutieren, wie die Medien in ihren Ländern über Zuwanderer berichten, hieß es am Mittwoch in einer Aussendung des Forums Alpbach. Außer Stankovic nehmen zahlreiche prominente Journalisten und Medienexperten an der Tagung teil - darunter Agron Bajrami, Chefredakteur der größten kosovarischen Tageszeitung, der Direktor des Ukrainischen Medienrechtsinstituts, Taras Shevchenko, sein russisches Pendant Andrei Richter und Fiona Spruill, Leiterin der Online-Redaktion der New York Times.

Laut der Aussendung sollen Fragen der Berichterstattung, die sich in einem Nachbarschaftskonflikt stellen, diskutiert werden, sowie die Frage, wie Medien den politischen und kulturellen Einfluss von Zuwanderern auf das Empfängerland darstellen. Auch die Unterscheidungen zwischen verschiedenen "Kategorien" von Zuwanderern soll thematisiert werden.

Die 1990 vom ehemaligen US-Präsidenten Carter gegründete Commission lädt jährlich über 30 Journalisten aus mehr als 20 Ländern nach Wien ein, um ein aktuelles Thema der internationalen Berichterstattung zu diskutieren. Den Vorsitz der Tagung werden Ellen Mickiewicz, Direktorin des DeWitt Wallace Center for Media and Democracy der Duke University, und der ehemalige Vizekanzler Erhard Busek übernehmen. (Schluss) fpr/rok/zr

APA0379 2008-11-12/13:18

121318 Nov 08

## Kroatischer Starjournalist ermordet: Belastung für EU-Ambitionen - TM

Utl.: Swoboda zu Anschlag auf Ivo Pukanic: "Schwerster Rückschlag für Verhandlungen" - Schlag gegen Mafia gefordert - Sanader relativiert: "Kein Hindernis" =

Zagreb/Brüssel/Luxemburg/Wien (APA) - Die Ermordung des kroatischen Journalisten und Zeitungsverlegers Ivo Pukanic in Zagreb belastet auch die Ambitionen Kroatiens auf einen EU-Beitritt. Nach Ansicht des SPÖ-Europaabgeordneten und Kroatien-Berichterstatters des Europäischen Parlaments, Hannes Swoboda, stellt der Anschlag den bisher "schwersten Rückschlag für Kroatiens Bemühen um Mitgliedschaft in der EU seit Beginn der Verhandlungen" im Jahr 2005 dar.

Gelinge der Regierung von Premier Ivo Sanader jetzt nicht ein rascher und nachhaltiger Schlag gegen das Organisierte Verbrechen, "ist der Abschluss der EU-Verhandlungen im Jahre 2009 höchst gefährdet", erklärte Swoboda am Freitag.

Sanader erklärte seinerseits in Zagreb, er sehe in dem Fall kein Hindernis für den angestrebten EU-Beitritt. Swoboda habe die Aussage in einem anderen Zusammenhang getätigt, meinte der HDZ-Politiker (Kroatische Demokratische Gemeinschaft) laut Nachrichtenagentur Hina. "Ich bin in erster Linie an der Sicherheit der kroatischen Bürger interessiert", so Sanader, der nach einer Sitzung des Nationalen Sicherheitsrats neue Maßnahmen zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität ankündigte.

Swoboda hatte indes gemeint: "Die Vernachlässigung des Kampfes gegen Korruption und Organisierte Kriminalität rächt sich jetzt bitter". Bei der Explosion einer Bombe war am Donnerstagabend auch der Marketingdirektor der Wochenzeitung "Nacional", Niko Franjic, ums Leben gekommen. Zwei Mitarbeiter der Wochenzeitung wurden verletzt.

Erst Anfang Oktober war Ivana Hodak, die Tochter des Anwalts des von Österreich an seine Heimat ausgelieferten kroatischen Ex-Vizeverteidigungsministers Vladimir Zagorec, in Zagreb ermordet worden. Unmittelbar danach wechselte Sanader den Innen- und den Justizminister aus. Neben den zwei neuen Ministern Tomislav Karamarko und Ivan Simonovic wurde mit Vladimir Faber auch ein neuer Polizeichef ernannt.

Innenministerin Maria Fekter (V) wollte am Rande des EU-Innenministerrates in Luxemburg nicht spekulieren, ob sich die jüngsten Morde in Kroatien auf die EU-Beitrittsverhandlungen auswirken könnten. "Da halte ich mich heraus, so lange die Hintergründe nicht im Detail aufgeklärt sind, weil man derzeit nicht weiß, wer tatsächlich mit welchem Ziel dahinter steckt", sagte Fekter gegenüber der APA. Fekter nannte als theoretische Möglichkeit, dass auch serbische Kreise ein Interesse daran haben könnten, einen kroatischen EU-Beitritt zu boykottieren.

Justizministerin Maria Berger (S) erklärte in Luxemburg: "Tatsache ist, dass diese Morde sicher kein gutes Licht auf eine funktionierende Sicherheitspolitik im Inneren werfen. Ich denke mir, dass hier einiges verbesserungsfähig ist. Für die Beitrittsverhandlungen ist ein großer und zunehmend wichtiger Punkt, dass die Systeme der inneren Sicherheit und vor allem auch das justizielle System sehr gut funktionieren."

Es habe hier ja auch schon einige Lehren aus Ländern gegeben, "die schon beigetreten sind", so Berger. Die Justizministerin ergänzte jedoch, dass auch in Österreich nicht hundertprozentig verhindert werden könne, "dass manches passiert". Daher müsste man bezüglich des Attentats von Zagreb "schon wissen, ob es an

Systemschwächen gelegen ist". Tatsache sei aber, "dass im Beitrittsprozess im Bereich Inneres und Sicherheit ein hoher Stellenwert beigemessen wird und man sich da nicht ein bisschen darüber hinwegschwindelt."

Die jüngsten Anschläge erschüttern Kroatien zu einem heiklen Zeitpunkt. Am 5. November will EU-Erweiterungskommissar Olli Rehn in Brüssel seinen Bericht über die Fortschritte des EU-Kandidatenlandes vorlegen. Nach bisherigen Informationen will die EU-Kommission die Verhandlungen über einen EU-Beitritt Kroatiens bis Ende 2009 abschließen.

Die Kommission sprach am Freitag von einem "kriminellen Anschlag". Rehn betonte: "Wir vertrauen darauf, dass die kroatischen Behörden, diesen Anschlag ordnungsgemäß untersuchen und die Täter vor Gericht bringen." Der Europarat erklärte: "Diese Morde sind nicht nur eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit, sondern auch eine Bedrohung der Medien- und Meinungsfreiheit in Kroatien".

Die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) verurteilte den Mord. "Die kroatische Regierung muss dafür sorgen, dass die Gewalt gegenüber Journalisten aufhört, damit die Demokratie geschützt wird", hieß es in einer Aussendung.

Auch die "South East Europe Media Organisation" (SEEMO), eine Partnerorganisation des International Press Institutes, zeigte sich besorgt über die Ereignisse. Das Attentat sei einer der schlimmsten Angriffe auf die Pressefreiheit in ganz Südosteuropa seit Jahren.

(Schluss) ed/vos/sta/thr/fpr/spu

APA0511 2008-10-24/15:15

241515 Okt 08

## Serbin erhält Erhard-Busek-Preis für Südosteuropa 2008

Utl.: Brankica Stankovic ist Redakteurin des Belgrader TV-Senders  
B-92 =

Belgrad (APA) - Die serbische Journalistin Brankica Stankovic erhält heuer den mit 2.000 Euro dotierten Dr.-Erhard-Busek-Preis für bessere Verständigung in Südosteuropa, teilte die in Wien ansässigen Südosteuropäische Medienorganisation (SEEMO) am Donnerstag mit. Stankovic ist seit 1997 Redakteurin des Belgrader Rundfunk- und TV-Senders B92. Ihre journalistische Tätigkeit habe zur besseren Verständigung und Aufhebung von Hindernissen zwischen den Völkern im Südosteuropa beigetragen, hieß es zur Begründung.

Stankovic ist in Serbien durch ihre TV-Sendung "Insider" bekannt geworden, in welcher sie sich immer wieder mit heißen Themen befasste, darunter auch mit der Fahndung nach einem der meist gesuchten Angeklagten des UNO-Kriegsverbrechertribunals, dem ehemaligen Militärführer der bosnischen Serben, Ratko Mladic. Ihre umfangreichen Recherchen - beispielsweise, über den Zigarettenschmuggel der 90-er Jahre oder die serbisch-montenegrinische Fußballmafia - führten auch zu offiziellen Ermittlungen, Anklagen und Haftbefehlen.

(Schluss) oz/vos

APA0564 2008-10-16/17:12

161712 Okt 08

## SEEMO: Journalisten in Moldawien, Montenegro und Bosnien drangsaliert

Utl.: In Wien ansässige Medienorganisation fordert "sicheres Medienumfeld" =

Wien (APA) - Die Rechte von Journalisten in Moldawien, Montenegro und Bosnien-Herzegowina in ihrer Arbeit bedroht sieht die in Wien ansässige Südosteuropa-Medienorganisation SEEMO. In einer Aussendung von Montag wird ein "sicheres Medienumfeld" in diesen drei Ländern gefordert.

In Moldawien würden demnach Journalisten der Wochenzeitung "Ziarul de Garda" drangsaliert. Das Blatt hatte über die Befürchtung von Studenten berichtet, dass ihre Daten vom Bildungsministerium an die moldawischen Sicherheitsdienste (SIS) weitergeleitet würden, Infolge der Publikation des Artikels Anfang September würden die Autoren durch anonyme Telefonanrufe belästigt, und auf ihrer Internetseite gewarnt, dass sie SIS-Berichte unterlassen sollten.

SEEMO fordert die moldawische Regierung auf, den Fall zu untersuchen, und ein "sicheres Medienumfeld" zu schaffen.

In Montenegro seien Journalisten der Belgrader Tageszeitung "Vecernje novosti" sowie der montenegrinischen Tageszeitungen "Vijesti" und "Republika" ihre Fotoapparate und andere Ausrüstungsgegenstände von der Polizei abgenommen worden, während sie über eine Demonstration - und deren polizeiliche Auflösung - von Anhängern der montenegrinischen und serbischen orthodoxen Kirche in der montenegrinischen Region Niksic berichtet hätten. Die Polizei - sie hätten nach eigenen Angaben die Journalisten nicht von den Demonstrationsteilnehmern unterscheiden können - händigte demnach später das Equipment wieder aus, einige Fotos seien aber gelöscht worden.

"Dieser Zwischenfall zeigt, dass montenegrinische Journalisten weiterhin in einem oft feinseligen Umfeld arbeiten", so SEEMO-Generalsekretär Oliver Vujovic. Es sei nicht zu akzeptieren, dass Journalisten abgehalten würden, ihren beruflichen Aufgaben nachzugehen. Außerdem sind laut Vujovic noch immer Angriffe auf Journalisten in den vergangenen Jahren ungeklärt. Weiters seien geplante Zusätze zum öffentlichen Rundfunk-Gesetz in Montenegro "problematisch". Weil bei der Besetzung von Führungspositionen von öffentlich-rechtlichen Sendern das Parlament - und damit Parteien - das letzte Wort hätten, seien "Transparenz und Fairness" und öffentliche Anhörungen "essenziell". Das Gesetz müsse die Unabhängigkeit von Herausgebern und von Institutionen gewährleisten.

In Bosnien-Herzegowina erhielten Journalisten, die über ein "Queer-Festival" in Sarajevo Ende September zum Thema Menschenrechte und Sexualität berichtet hatten, laut der Aussendung Morddrohungen. Vujovic nannte es inakzeptabel, dass Medienvertreter Opfer von Einschüchterung und Drangsalierung würden, nur weil sie ihren Job täten. "Medienfreiheit, die Öffentlichkeit zu unterrichten und das Bewusstsein für die Verschiedenheit zu erhöhen, ist ein wichtiger Richtwert für eine moderne demokratische Gesellschaft." (Schluss) vib/za

## SEEMO: Serbischer Innenminister soll Journalisten schützen

Utl.: Seit Beginn des Jahres "36 Bedrohungen oder Angriffe auf Journalisten in Serbien" =

Wien/Belgrad (APA) - Die in Wien ansässige Südosteuropa-Medienorganisation SEEMO hat den serbischen Innenminister Ivica Dacic zum Schutz von serbischen Journalisten gegen Druck und Angriffe aufgefordert. Gemäß dem am Donnerstag an den Vizepremier adressierten offenen Brief gäbe es ungelöste Verbrechen gegen Journalisten in Serbien. Seit Beginn des Jahres habe es "36 Bedrohungen oder Angriffe auf Journalisten in Serbien" gegeben, teilte die Organisation mit.

Laut dem Brief des SEEMO-Generalsekretärs Oliver Vujovic soll der Besitzer und Chefredakteur des regionalen Fernsehsenders RTV TNT aus Bela Crkva, Stefan Cvetkovic, körperlich angegriffen worden sein - wegen eines gesendeten Fernsehbeitrages, wie Cvetkovic selbst vermutete. Außerdem habe Cvetkovic telefonische Morddrohungen erhalten. In einem früheren Protestbrief habe SEEMO die serbischen Behörden bereits aufgefordert, diese Fälle zu untersuchen. Dacic soll sich nach dem heutigen offenen Brief nun ebenfalls für den Schutz Cvetkovic' stark machen und einen möglichen Täter vor Gericht bringen.

Der Fall Cvetkovic sei nur ein Beispiel eines "sorgenvollen" Trends in Serbien. Weitere drei Journalisten wären in Serbien dem Brief zufolge unter ungeklärten Umständen ums Leben gekommen.

(Schluss) vib/zr

APA0426 2008-07-24/14:28

241428 Jul 08

## Mazedonischen Reportern Einreise in Griechenland verwehrt - Protest

Utl.: Medienorganisation SEEMO fordert Gewährleistung der Pressefreiheit durch griechische Behörden =

Wien (APA) - Griechische Behörden haben am Samstag offenbar mehreren Journalisten aus der Republik Mazedonien trotz gültiger Pässe und griechischer Visa die Einreise verweigert, was die Südosteuropa-Medienorganisation SEEMO in einer Aussendung vom Dienstag heftig kritisierte. Nach Informationen der Organisation wollten die mazedonischen Journalisten nach Griechenland reisen, um dort über eine Kulturveranstaltung zu berichten.

Laut SEEMO sind die Journalisten von TV A1, TV A2, Forum und Makedonsko an der Grenze mit der Begründung abgewiesen worden, dass sie keine Erlaubnis der griechischen Regierung besitzen würden, über die Veranstaltung zu berichten. Das Angebot, ohne Kameras und anderes technisches Equipment einzureisen, lehnten die mazedonischen Journalisten ab. Ihnen sei außerdem mitgeteilt worden, dass sie Griechenland erst nach dem Ende der Veranstaltung als Journalisten betreten dürften.

SEEMO, ein Zusammenschluss von Medienorganisationen aus neun südosteuropäischen Ländern mit Sitz in Wien, verurteilte das Vorgehen der griechischen Behörden. Derartige Aktionen würden die Arbeit von Journalisten behindern und damit einen freien Informationsaustausch unmöglich machen. Als Mitglied der Europäischen Union müsse Griechenland die Einhaltung der Pressefreiheit sicherstellen. Diese sei eine wichtige "Säule der Demokratie", so SEEMO-Generalsekretär Oliver Vujovic.

Zwischen Griechenland und der Republik Mazedonien bestehen seit längerem Spannungen. So streiten Skopje und Athen etwa seit Jahren um den Staatsnamen Mazedoniens. Griechenland sieht im Namen seines Nachbarlandes einen Gebietsanspruch auf seine gleichnamige Provinz und blockiert einen NATO-Beitritt der ehemaligen jugoslawischen Teilrepublik. Auch Verhandlungen unter UNO-Vermittlung brachten bisher keine Lösung.

Zudem hat Griechenland die Forderung Mazedoniens nach einer Anerkennung der slawisch-mazedonischen Minderheit in seinem Lande mehrfach zurückgewiesen. In Griechenland gebe es keine mazedonische Minderheit. Mazedonien bat am Montag diesbezüglich EU-Kommissionspräsident Jose Manuel Barroso um Hilfe.

(Schluss) fpr/cav/cvo

APA0526 2008-07-22/16:10

221610 Jul 08

## Tadic betont vor IPI-Kongress in Belgrad Bedeutung freier Medien

Utl.: Preis "Free Media Pioneer 2008" zum ersten Mal an politischen Blog =

Belgrad (APA) - "Ihr könnt mit uns rechnen, wenn es um friedliebende Politik und den Ausbau der demokratischen Institutionen geht, da dies sowohl meine wie auch die Politik Serbiens im 21. Jahrhundert ist". Dies erklärte der serbische Präsident Boris Tadic in seiner Rede vor den Teilnehmern des Weltkongresses und der 57. Generalversammlung des Internationalen Presse Instituts (IPI) in Belgrad. Er kündigte gleichzeitig an, dass nach der Parlamentswahl im Mai Serbien nun auf dem Weg sei, eine proeuropäische Regierung zu bilden.

All dies würde auch die Entwicklung der freien Medien, aber auch die Versöhnung mit den Völkern des ehemaligen Jugoslawien, die Zusammenarbeit mit dem Haager UNO-Kriegsverbrechertribunal und die Errichtung aller europäischen Werte bedeuten, so Tadic. Die wichtigste Voraussetzung für eine solche Entwicklung Serbiens sei aber auch seine vollberechtigte Mitgliedschaft in der Europäischen Union.

"Die Bedingungen, zu denen die serbischen Medien heutzutage arbeiten, sind besser als sie in den 90er Jahren unter dem Regime von Slobodan Milosevic waren, wenngleich noch immer nicht gut. Heute hat allerdings niemand mehr Angst, unter einen solchen Druck wie damals gelangen zu können", schilderte Hari Stajner, Leiter des IPI-Organisationskomitees in Belgrad, die Mediensituation in Serbien am Vorabend des Treffens.

Wenn es um die Medienfreiheit geht, so nahm Serbien im Vorjahr auf dem Verzeichnis vom US-Institut Freedom House den 87. Platz unter 195 Staaten ein und wurde somit unter die teilweise freien Länder eingeordnet. Die meisten Bemerkungen betrafen das politische Umfeld, in dem Journalisten ihre Arbeit zu verrichten haben, aber auch die Eigentumsverhältnisse und die Finanzierung von Medien. "Es gibt keine Motivation, kein Interesse bei Redakteuren und Medieneigentümern, sich einem echten kritischen Journalismus zu widmen, der die Bürger über die Probleme und Themen von wirklichem Interesse informieren würde", stellte Mirjana Milosevic, Leiterin des Belgrader Media-Zentrums, des lokalen Organisators des IPI-Treffens fest, das heuer unter dem Motto "Be in Belgrade" stattfindet.

Gerade das Treffen führender Journalisten und Herausgeber in der serbischen Hauptstadt dürfte nach Meinung heimischer Journalistenverbände dazu beitragen, dass sich die Mediensituation in Serbien weiter verbessert und endlich auch die Morde an drei bekannten Journalisten - Dada Vujasinovic (1994), Slavko Curuvija (1999) und Milan Pantic (2001) - und der vorjährige Bombenanschlag auf den Redakteur der Zeitschrift "Vreme", Dejan Anastasijevic, aufgeklärt werden.

Die "Medienbilder über die Nachbarn - Partner oder Rivalen" ist ein Thema, das nach der Begrüßungsansprache durch IPI-Direktor David Dudge und Präsident Tadic Journalisten und Experten aus dem Raum Ex-Jugoslawiens diskutieren sollen. Anschließend steht die friedliche Konfliktbewältigung und die Rolle der Medien bei der Vertrauensbildung auf dem Programm. Neue Medien, neue Möglichkeiten und neue Drohungen werden am Montag diskutiert. Die Ereignisse in Burma legten im Vorjahr an den Tag, dass Fotos, SMS-Nachrichten, Videos und Blogs die Versuche der Militärdiktatur Medien zu kontrollieren, umgehen konnten. Allerdings seien auch die Regierungen in demokratischen Ländern bemüht, Regelungen in diesen Bereichen einzuführen, die die Medienfreiheit stark einschränken und nach Meinung manch eines Experten die Zensur durch die kleine Tür erneut einführen könnten.

Mit der Frage, ob Medien nur eine gute Investition sind und was passiert, wenn sie den Gewinn, nicht aber auch ihre Glaubwürdigkeit verlieren, beschäftigen sich Experten am Montagnachmittag. In einer Situation, in der Terrorismus, die organisierte Kriminalität und die Korruption zu einem grenzüberschreitenden Problem geworden sind, wird die Notwendigkeit der ebenso grenzüberschreitenden Recherchen von Journalisten ein weiteres Diskussionsthema sein. Zum Abschluss des IPI-Treffens wird am Dienstag der Preis "Free Media Pioneer 2008" zum ersten Mal an einen politischen Blog - den im November 2000 von Josh Marshall in New York gegründeten Talking Points Memo - gehen.

Am Rande des Treffens werden rund 100 Journalisten, Redakteure und Herausgeber aus dem Raum Südosteuropas bei einem von der in Wien ansässigen Südosteuropa-Medienorganisation (SEEMO) veranstalteten Treffen die Medienlage, den regionalen Medienmarkt und die neuen Technologien diskutieren. Das Treffen findet mit Unterstützung der österreichischen Entwicklungsagentur (ADA) statt.  
(Schluss) oz/hf/ar

APA0207 2008-06-15/13:13

151313 Jun 08

## IPI besorgt über EU-Angriff auf kosovarische Zeitung

Utl.: EU-Kommission hatte Veröffentlichung interner Mitteilung durch "Koha Ditore" scharf gerügt =

Pristina/Wien (APA) - Der Europäischen Union, die dem Kosovo beim Aufbau moderner Menschenrechtsstandards helfen soll, wird vorgeworfen, die Medienfreiheit in dem neuen Staat anzugreifen. Das Internationale Presse-Institut (IPI) und die Südosteuropäische Medienorganisation (SEEMO) haben sich am Dienstag "besorgt" über das Vorgehen des Verbindungsbüros der EU-Kommission in Pristina gezeigt, das die kosovarische Tageszeitung "Koha Ditore" wegen der angeblichen Veröffentlichung eines internen Dokuments scharf gerügt hatte.

"Koha ditore" hatte auf Grundlage eines Briefwechsels zwischen der EU-Kommission und dem kosovarischen Wirtschaftsministerium einen Artikel verfasst, in dem es um Gelder für die Privatisierungsagentur des Kosovo ging. Die EU-Kommission reagierte mit einem Brief an den Chefredakteur der Zeitung, in dem sie ihre "äußerste Ablehnung der Praxis, interne Mitteilungen ohne vorherige Zustimmung" beider Institutionen zu veröffentlichen, zum Ausdruck brachte.

SEEMO-Generalsekretär Oliver Vujovic kritisierte dieses Schreiben als Angriff auf jeglichen Enthüllungsjournalismus. Wenn Journalisten nur noch das veröffentlichen dürfen, was die Regierungsinstitutionen ihnen erlauben, seien sie nichts weiter als Sprecher dieser Institutionen. Dies stehe aber in völligem Widerspruch zu ihrer eigentlichen Funktion, nämlich die Öffentlichkeit mit relevanten Informationen zu versorgen.

(Schluss) vos/za

APA0627 2008-04-22/18:08

221808 Apr 08

Kroatien/Medien/Menschenrechte

## IPI verurteilt Mordversuch an kroatischem Journalisten

Utl.: "Sehr alarmiert" über Schussattentat auf "Nacional"-Direktor Pukanic =

Zagreb/Wien (APA) - Das Internationale Presse-Institut (IPI) und die Südosteuropäische Medienorganisation (SEEMO) haben den Mordanschlag auf den bekannten kroatischen Journalisten Ivo Pukanic aufs Schärfste verurteilt. Man sei "sehr alarmiert" über den Angriff, teilte SEEMO-Generalsekretär Oliver Vujovic am Freitag in einer Aussendung mit. Die kroatischen Behörden müssten alles unternehmen, um die Verantwortlichen für dieses Verbrechen zu finden und der Gerechtigkeit zuzuführen. SEEMO begrüßte die Entscheidung der Behörden, Pukanic Personenschutz rund um die Uhr zu gewähren.

Ein unbekannter Mann schoss am Donnerstagabend vor Pukanic' Zagreber Wohnhaus auf den Journalisten, teilte die Polizei mit. Die Kugel habe ihn aber verfehlt. Danach habe Pukanic zwei Schüsse aus seiner Pistole in die Luft abgegeben. Pukanic ist Mitbegründer und Direktor des Wochenmagazins "Nacional".

Der Angreifer habe eine Pistole mit Schalldämpfer verwendet, teilte SEEMO mit. Er habe Pukanic zunächst mit dem Tod bedroht und dann aus einer Entfernung von wenigen Metern auf ihn geschossen. Die Kugel habe Pukanic' Kopf nur knapp verfehlt. Wegen einer Ladehemmung habe der Täter keinen zweiten Schuss abgeben können und sei daraufhin geflüchtet.

(Schluss) vos

APA0587 2008-04-11/16:47

111647 Apr 08

## IPI kritisiert Festnahme von rumänischem Journalisten in Bukarest

Utl.: Razvan hatte Protest vor NATO-Gipfel beobachtet -  
Einschüchterungsversuche gegen mazedonische Journalisten  
"inakzeptabel" =

Wien (APA) - Angriffe auf Journalisten in Rumänien und Mazedonien haben am Freitag das Internationale Presse-Institut (IPI) und die Südosteuropäische Medienorganisation (SEEMO) auf den Plan gerufen. Der rumänische Journalist Razvan Martin sei am Mittwoch in Bukarest am Rande eines Protests von Globalisierungsgegnern vor dem NATO-Gipfel festgenommen worden, obwohl er nur beobachtend tätig gewesen sei, kritisierte SEEMO-Generalsekretär Oliver Vujovic in einer Aussendung. In Mazedonien wiederum hätten mehrere Journalisten Todesdrohungen erhalten, weil sie im Namensstreit mit Griechenland "anti-mazedonisch" berichteten.

Martin war von den Globalisierungsgegnern telefonisch alarmiert worden, als ihr Versammlungsort von Sonderpolizeieinheiten umstellt wurde. Er habe die Medien darüber informiert und sei eine Stunde später in dem Lagerhaus eingetroffen. Die Polizei führte die Demonstranten zu diesem Zeitpunkt bereits ab. Als sich Martin mit Kollegen zur Polizeistation aufmachte, um den Demonstranten Rechtsbeistand zu leisten, habe ihn ein Polizist zu einer anderen Polizeistation gelotst, wo er eineinhalb Stunden festgehalten und einvernommen worden sei, berichtete SEEMO. Er sei erst freigelassen worden, als er gesagt habe, dass er einen Anwalt habe.

"Razvan Martin war als Koordinator und Beobachter einer Beobachtungsagentur an Ort und Stelle, und die Polizei hätte ihn auch dementsprechend behandeln sollen", kritisierte Vujovic. Die verschärften Sicherheitsvorkehrungen während des NATO-Gipfels dürften nicht dazu benützt werden, das Recht auf friedlichen Protest einzuschränken. "Auch in diesen Situationen muss die Polizei die Bewegungsfreiheit von Medienvertretern und -organisationen respektieren", forderte der SEEMO-Generalsekretär.

Als "inakzeptabel" kritisierte die Partnerorganisation des IPI auch Einschüchterungsversuche gegen Journalisten, Wissenschaftler und Politiker in Mazedonien. Ihnen sei in den vergangenen Tagen in E-Mails mit der "Liquidierung" gedroht worden, sollten sie weiterhin für eine Kompromisslösung im Namensstreit zwischen Skopje und Athen eintreten. "Journalisten zu drohen und sie zu Selbstzensur ihrer Arbeit zu zwingen, ist nicht akzeptabel", betonte Vujovic. SEEMO verurteile die Todesdrohungen aufs schärfste und forderte die mazedonischen Behörden auf, die Verantwortlichen auszuforschen.

(Schluss) vos/zr

APA0602 2008-04-04/17:37

041737 Apr 08

APA0727 5 AA 0111 Mi, 19.Mär 2008

Österreich/Kroatien/Medien/Kriminalität/CEE

## SEEMO wegen Morddrohungen gegen kroatischen Journalisten besorgt

Utl.: Affäre um Schwarzhandel von Popstar Houdek =

Zagreb/Wien (APA) - Die in Wien ansässige Südosteuropa-Medienorganisation SEEMO hat sich besorgt über Morddrohungen gegen den kroatischen Journalisten Vedran Strukar geäußert. Der Generalsekretär der Organisation, Oliver Vujovic, forderte von den kroatischen Behörden eine sofortige Untersuchung des Falles.

Strukar hatte im kroatischen Boulevardmagazin "Arena" über angebliche Machenschaften des Pop-Sängers Jacques Houdek, berichtet. Er soll Kindern in Schulen schwarz Eintrittskarten für seine Konzerte verkauft habe. Als der Text in "Arena" veröffentlicht wurde, soll der Sänger dem Journalisten angeblich mehrere SMS mit Morddrohungen geschickt haben. Diese SMS seien dann der kroatischen Polizei weitergeleitet werden.

(Schluss) zap/sm/glw

APA0727 2008-03-19/22:24

192224 Mär 08

## SEEMO über "gewaltsame Angriffe" auf Journalisten in Serbien besorgt

Utl.: Medienorganisation spricht von "gezielten Attacken" - Offener Brief an Kostunica =

Wien (APA) - Die in Wien ansässige Südosteuropa-Medienorganisation SEEMO hat sich besorgt über "die jüngste Welle von gewaltsamen Angriffen auf Journalisten" bei Protesten in Serbien gezeigt. In einem am Donnerstag veröffentlichten offenen Brief an den serbischen Ministerpräsidenten Vojislav Kostunica sprach der Generalsekretär der Organisation, Oliver Vujovic, von "wiederholten und gezielten Attacken gegen Journalisten" und einem "Scheitern der Behörden, diese zu verhindern".

In dem Brief wurde laut SEEMO auf konkrete Fälle verwiesen, die sich bei Protesten in Serbien gegen die Unabhängigkeit des Kosovo ereignet hätten. Ein holländischer Pressefotograf und zwei russische Fernsehjournalisten seien bei Angriffen am 21. Februar verletzt worden. Auch ein Kamerateam des serbischen Fernsehsenders RTS sei attackiert worden.

Bei der serbischen Rundfunkstation B92 sollen seit der Unabhängigkeitserklärung immer wieder schriftliche Drohungen eingegangen sein. Vujovic verwies auf eine Bombendrohung per E-Mail, die eine Räumung des Senders zur Folge gehabt habe, sowie auf ein Drohvideo gegen Nachrichtensprecher der Station. Auch eine serbische Zeitungsjournalistin sei bei Protesten angegriffen worden, anwesende Polizeibeamte hätten sich aber geweigert, ihr zu helfen, heißt es in dem Brief weiter.

Medienvertreter dürften niemals Ziele solcher Angriffe sein, unabhängig von ihrem Hintergrund und der Art ihrer Berichterstattung, betonte Vujovic. Er forderte die serbische Regierung zum sofortigen Handeln und einer Aufklärung der Fälle auf.

(Schluss) fpr/mas/fre

APA0699 2008-02-28/16:47

281647 Feb 08

Slowakei/Medien/Menschenrechte/Gesetze

## Slowakei: Freedom House Europe kritisiert geplantes Mediengesetz

Utl.: Bürgerrechtsorganisation sieht Pressefreiheit bedroht =

Budapest/Preßburg (APA) - Nach der OSZE und der Südosteuropäischen Medienorganisation (SEEMO) hat auch die Bürgerrechtsorganisation Freedom House Europe (FR-Eu) Kritik am geplanten Mediengesetz der Slowakei geübt. "Eine Verabschiedung des Gesetzes hätte inakzeptable Einschränkungen der Pressefreiheit zur Folge", erklärte der Direktor der Bürgerrechtsorganisation, Roland Kovats, am Donnerstag in einer Aussendung.

Das Gesetz würde "demokratischen Grundprinzipien wie Gewaltenteilung und Redefreiheit widersprechen", meinte der stellvertretende Direktor der Organisation, Balint Molnar. Er forderte die Regierung auf, den Gesetzesvorschlag zurückzunehmen und gemeinsam mit internationalen Experten einen neuen Entwurf zu erarbeiten.

Der Gesetzesentwurf würde zum Teil Klauseln enthalten, die für ein demokratisches Land unerhört seien, so die in Budapest ansässige Nichtregierungsorganisation. Der Entwurf schlägt unter anderem eine Ausweitung des Rechts auf Gegendarstellung vor. Demnach müssen Zeitungen eine Gegendarstellung veröffentlichen, wenn Betroffene erklären, darin unzulässig kritisiert worden zu sein oder ihre Ehre verletzt wurde, kritisieren die Medienvertreter. Zudem könnten Zeitungen daran gehindert werden, bestimmte Inhalte abzudrucken, etwa wenn diese Kriege verharmlosen oder verherrlichen oder Hass gegen Minderheiten schüren würden.

Vergangene Woche hatte der OSZE-Beauftragte für Pressefreiheit, Miklos Haraszi, seine Besorgnis über das geplante Gesetz in einem Brief an das slowakische Außenministerium zum Ausdruck gebracht. Auch Vertreter der slowakischen Medien hatten den Gesetzestext kritisiert. Das Kulturministerium wies die Kritik mit dem Argument zurück, der Entwurf "unterscheide sich nicht von ähnlichen Gesetzen in Tschechien oder Deutschland".

(Schluss) fpr/mas/ade

APA0659 2008-02-01/17:35

011735 Feb 08

## Slowakei: Blockade des EU-Reformvertrags droht

Utl.: Opposition verknüpft Frage mit Reform des Pressegesetzes =

Preßburg (APA/TASR) - Ein innenpolitischer Konflikt droht die Ratifizierung des EU-Reformvertrags in der Slowakei zu vereiteln. Die Oppositionsparteien haben ihre Zustimmung zum neuen Vertragswerk am Montag nämlich an Änderungen im geplanten neuen Pressegesetz geknüpft. Die linksnationalistische Regierung ist auf die Opposition angewiesen, um im Parlament die notwendige Drei-Fünftel-Mehrheit (90 von 150 Abgeordneten) für die Annahme des EU-Reformvertrags zusammenzubekommen.

"Nach schwierigen Diskussionen haben wir beschlossen, Parlamentspräsident Pavol Paska aufzufordern, dass er das Pressegesetz und den Reformvertrag von der Tagesordnung der nächsten Sitzung nimmt", sagte der Chef der Christdemokraten (KDH), Pavol Hrusovsky. Der frühere Regierungschef und Vorsitzende der Slowakischen Demokratischen und Christlichen Union (SDKU), Mikulas Dzurinda, zeigte sich besorgt über die Haltung des Kabinetts von Ministerpräsident Robert Fico zur Medienfreiheit. "Wir fordern den Regierungschef auf, die Slowakei auf das Niveau der Demokratie zum Zeitpunkt seiner Amtsübernahme zurückzuführen", sagte Dzurinda.

Am geplanten Pressegesetz ist vor allem das umfangreiche Gegendarstellungsrecht umstritten. Demnach müssen Zeitungen innerhalb von drei Tagen eine Gegendarstellung veröffentlichen, selbst wenn keinerlei Tatsachen vorgebracht werden, die den Angaben im Artikel widersprechen, kritisieren Medienvertreter. Die Verleger befürchten, dass vor allem Politiker dieses Recht nützen werden, um unliebsame Berichterstattung zu verhindern und um sich einen prominenten Platz in den Zeitungen zu sichern. Der Plan war unter anderem von der Südosteuropäischen Medienorganisation (SEEMO) sowie vom Medienbeauftragten der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), Miklos Haraszti, kritisiert worden. Fico bemängelt seit längerem, dass die slowakischen Medien ihm gegenüber feindlich eingestellt seien.  
(Schluss) vos/zr

APA0553 2008-01-28/15:38

281538 Jän 08

## Slowenische Journalisten wenden sich erneut an EU

Utl.: Appell zur Gründung einer unabhängigen Kommission -  
Regierung weißt Vorwürfe über Ablehnung des Dialogs zurück =

Laibach (APA) - Slowenische Journalisten haben zum Beginn der EU-Ratspräsidentschaft ihres Landes die Zensurvorwürfe an die Adresse der Laibacher Regierung bekräftigt. Die Initiatoren der im Herbst von rund einem Fünftel der slowenischen Journalisten unterschriebenen "Petition gegen Zensur und politischen Druck", Blaz Zgaga und Matej Surc, forderten in einem Brief an Spitzenpolitiker der EU-Staaten die Gründung einer unabhängigen Kommission, die die Vorwürfe über Regierungseingriffe in die Medienfreiheit untersuchen solle.

Trotz der von 571 Journalisten unterschriebenen Petition werde die Medienfreiheit in Slowenien weiterhin beschränkt, beklagen Zgaga und Surc in dem Brief, der an die gleichen 350 Adressen im In- und Ausland geschickt wurde wie die Petition. In den drei Monaten seit Veröffentlichung der Petition hätten Regierung und Parlament nichts unternommen, um auf Appelle etlicher Journalistenorganisationen zur Gründung einer unabhängigen Kommission zu reagieren. "Wir rufen sie deshalb auf, die Erfüllung dieser Forderung nach Kräften zu unterstützen", schreiben Zgaga und Surc in dem Brief. Eine mit internationalen Experten besetzte Kommission könne nämlich wesentlich zur Verbesserung der Medienfreiheit in Slowenien beitragen.

"Ein Land, in dem 571 Journalisten auf Zensur und politischen Druck aufmerksam machen, dessen Regierung und Parlament aber den Dialog mit Journalisten ablehnen, führt den EU-Vorsitz", betonen die beiden Journalisten in ihrem Schreiben.

Die slowenische Regierung wies die Vorwürfe am Freitag zurück. Man habe den Dialog nie abgelehnt, teilte das Pressebüro der Regierung mit. Weder die beiden Journalisten noch andere Unterzeichner der Petition hätten eine solche Dialogmöglichkeit angeboten, spielte die Regierung den Ball zurück. Man bedauere, dass Zgaga und Surc "mit der Verbreitung von Unwahrheiten und der Irreführung der slowenischen vor allem aber ausländischen Öffentlichkeit über die Lage der Medienfreiheit weitermachen und Slowenien in der Zeit seiner EU-Ratspräsidentschaft diskreditieren", hieß es ferner. Ministerpräsident Janez Jansa sagte auf einer Pressekonferenz in Laibach lediglich, dass "die Beschuldigungen offenbar erneut zuerst an ausländische anstatt heimische Adressen gingen."

Die Petition wurde unter anderem vom Europäischen Journalistenverband (EFJ), dem Internationalen Presse Institut (IPI), der Südosteuropäischen Medienorganisation SEEMO und von "Reporter ohne Grenzen" (RSF) unterstützt, die die slowenischen Behörden zur Einsetzung einer unabhängigen Untersuchungskommission aufriefen. Ende November bestätigte der Regierungsprespresprecher, dass die Regierung die Bildung einer solchen Kommission ernsthaft erwäge. Auf APA-Anfrage hieß es aus Jansas Kabinett am Freitag, dass es weiterhin dabei bleibe.

Inzwischen klagen die Journalisten über neue Eingriffe in die Medien. Die jüngsten Vorfälle zeigen die Notwendigkeit der Kommission, betonen Zgaga und Surc. Sie beziehen sich dabei auf die Ereignisse beim rechtsgerichteten Wochenmagazin "Mag", das trotz des Widerstands der Belegschaft einen neuen Chefredakteur bekommen hat. Die Mitarbeiter des Magazins befürchten nun einen radikalen Schwenk in der Redaktionspolitik.

Bereits seit Monaten klagen Journalisten über Zensur, Schikanen, Schreibverbote und Abberufungen. Betroffen sind vor allem der von der Mitte-Rechts-Regierung mit Gefolgsleuten besetzte öffentlich-rechtliche Rundfunksender RTV Slovenija sowie die mittelbar unter Regierungseinfluss geratenen großen

Tageszeitungen "Delo", "Vecer" und "Primorske novice". Der Regierungschef hat den Vorwurf, er schränke die Medienfreiheit in Slowenien ein, entschieden zurückgewiesen und hielt den Initiatoren der Petition vor, sie ließen sich vor den Karren der linksgerichteten Opposition spannen.

(Schluss) nr/vos/sm

APA0487 2008-01-04/17:44

041744 Jän 08